

Grundsatzprogramm JUNOS Studierende

Die wichtigste Ressource Europas im 21. Jahrhundert sind nicht natürliche Rohstoffe wie Kohle oder Eisen, sondern das Know-how seiner Bürgerinnen und Bürger. Bildung, Ausbildung, Wissen und Forschergeist sind die entscheidenden Ressourcen unseres Kontinents für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft in der Informationsgesellschaft. Bildung wird damit auch zu unserem wichtigsten Kapital. Die Menschen in Europa müssen die Chance erhalten, sich ihr Leben lang weiterbilden zu können. Sie brauchen ein vielfältiges Angebot an Bildungsinstitutionen.

Diese kann nur ein Bildungsmarkt bereitstellen, der einen fairen Wettbewerb zwischen den Bildungseinrichtungen herstellt, in dem Chancengerechtigkeit garantiert ist und jedem Menschen ein Höchstmaß an Entscheidungsfreiheit und Flexibilität ermöglicht wird.

Grundprinzipien unabhängiger und liberaler Hochschulen

Die Freiheit von Lehre und Forschung

Die Wissenschaftler einer Hochschule sind frei, ihre zu erforschende Fragestellung zu wählen, die Methode der Forschung zu bestimmen und die Bewertung und Verbreitung der Ergebnisse selbst zu gestalten.

Die Dozenten und Dozentinnen einer Hochschule sind frei, ihre Lehrveranstaltungen in Inhalt und Methodik zu gestalten und berechtigt, ihre künstlerische und wissenschaftliche Lehrmeinung frei zu äußern.

Die Studierenden einer Hochschule sind frei innerhalb ihrer Studienordnung die Lehrveranstaltungen zu wählen, die sie besuchen möchten. Sie sind frei zu entscheiden, ob und wann sie ihre Prüfungen ablegen wollen. Sie sind frei, ihre Vertiefungen und Schwerpunkte zu wählen.

Freiheit bedeutet immer auch Verantwortung. Wenn man den handelnden Personen nicht zugesteht, selbst Entscheidungen treffen zu können, und die Verantwortung für die Konsequenzen tragen zu können, dann sind Freiheit von Lehre und Forschung nur leere Hüllen und die Studierenden und Bediensteten an den Hochschulen nur Zahnrädchen in einer Maschine.

Eine liberale Hochschule stellt die Freiheit und Verantwortung der Menschen in den Mittelpunkt. Sie braucht keine Bürokraten und zentrale Bildungspläne, die sie lenkt, keine parteipolitische Einmischung und Steuerung.

Sie ist eine autonome und offene Bildungseinrichtung. Sie begreift die Freiheit vom Staat als Chance und Herausforderung zur eigenverantwortlichen Gestaltung, und ist ein Teil des Geisteslebens einer Gesellschaft.

Immer wieder bilden sich Regierungen ein, vorhersagen zu können, welches Wissen nützlich sei und welches nicht. Studienfächer werden nach ihrer vermeintlichen Nützlichkeit für den Arbeitsmarkt eingeteilt in „Massenstudien“ und „Orchideenfächer“. Regierungen wollen die Bildung der Bürgerinnen und Bürger steuern, indem sie manche Studien fördern, andere nicht. Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges hat Österreich es etwa bitter bereut, slawische Sprachen jahrzehntelang als „Orchideenfächer“ abgetan zu haben. Hat man Anfang dieses Jahrhunderts nicht noch davon abgeraten, ein Lehramtsstudium zu wählen? Es widerspricht liberalen Grundsätzen, dass der Staat über die Bildung seiner Bürgerinnen und Bürger bestimmt. Bildung nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten steuern zu wollen, ist eine Rechnung, die nicht aufgeht. Wissen, das heute unabdingbar ist, kann morgen bereits überholt sein und umgekehrt. Eine planwirtschaftliche Gestaltung des Hochschulwesens funktioniert nicht, ein Staat kann nicht planen, welches Wissen von Nutzen sein wird und welches nicht. Es gibt nur eine Instanz, die entscheiden sollte, und das sind die Menschen selbst. Die Menschen sind mündig genug, selbst zu entscheiden, was gut für sie ist und welchen Weg sie im Leben gehen.

Noch immer kann eine Regierung – ganz egal welche Farben sie hat – auf Forschung und Lehre politischen Einfluss ausüben und Hochschulen willkürlich Mittel streichen. Noch heute laborieren Hochschulen an diesen ständigen Eingriffen, indem man ihnen interne Strukturen oktroyierte, die sie de facto handlungsunfähig machten.

Dringend nötig ist daher ein Zurückdrängen des staatlichen Einflusses an den Hochschulen. Dieser kann nur durch eine echte Hochschulautonomie erreicht werden. Nicht die Hochschule muss sich dafür rechtfertigen, dass sie staatliche Eingriffe nicht will, sondern umgekehrt: Der Staat muss seine Eingriffe rechtfertigen und sehr gut begründen können. Ideologie ohne Fakten ist jedenfalls keine Rechtfertigung.

Die Einheit von Theorie und Praxis

Eine Hochschule lehrt keine „absoluten Wahrheiten“, sondern verpflichtet sich auf der Suche nach Wahrheit zu einem pluralistischen Wissenschaftsbegriff. Toleranz und Meinungsfreiheit werden großgeschrieben. Studierende werden als Kund:innen und Kolleg:innen angesehen, die in ihrem Bestreben, einen eigenen freien Willen und eigene Urteilsfähigkeit zu erlangen, gefördert werden. Ziel der Studierenden ist es weniger, nach der Trichtermethode möglichst viel Wissen mit kurzer Halbwertszeit anzuhäufen, sondern ihr erlerntes Wissen bestmöglich und verantwortungsbewusst einzusetzen.

Eine autonome, unabhängige Hochschule wird Theorie und Praxis verbinden, weil sie weiß, dass das eine vom anderen nicht trennbar ist. Theoretische Konzepte sind ohne Praxisbezug häufig nicht zu verstehen. Eine unreflektierte Anwendung gängiger Praktiken, deren Bedeutung niemand mehr versteht, wird keinen Bestand haben. Eine Hochschule beschäftigt sich nicht nur mit der Frage, was in der Praxis angewendet wird,

sondern auch, warum etwas angewendet wird. Studierende sollen Zusammenhänge verstehen, nicht bloß Wissen wiederkäuen. Von anderen Bildungseinrichtungen (z.B. Fachhochschulen) unterscheidet sich eine Universität dadurch, dass es primär nicht um eine möglichst intensive Berufsausbildung geht, sondern um eine wissenschaftlich fundierte Vermittlung von Wissen und Methodik. Ein weiterer Unterschied besteht im Bereich der Forschung, die an Universitäten eher an der Grundlagenforschung als an praktischer Anwendung ausgerichtet ist. Technische Universitäten verzahnen Theorie und Praxis besonders deutlich und stehen zwischen Fachhochschulen und den klassischen Universitäten. Auch der Übergang der Finanzierung zwischen rein staatlicher über Hochschulen mit starkem Drittanteil bis zu Privatuniversitäten ist fließend. Alle Hochschultypen sind wichtige und wünschenswerte Bereicherung des Bildungsangebots und befriedigen unterschiedliche Bedürfnisse.

Die sektorale Vielfalt des österreichischen Hochschulsystems ist eine Stärke. Dazu müssen die unterschiedlichen Zielsetzungen der Bildungseinrichtungen anerkannt werden, die Vereinheitlichungstendenzen im Hochschulsektor zurückgewiesen und die Differenzierung sinnvoll weiterentwickelt werden.

Die öffentliche Finanzierung der Hochschulen

Es gibt sicherlich viele Bereiche im öffentlichen Sektor, wo Sparpotentiale vorhanden sind, Bildung und Forschung gehören definitiv nicht dazu. Auch wenn wir JUNOS mehr Autonomie und einen stärkeren Anteil an privaten Geldern am Hochschulbudget befürworten, bedeutet dies keinen Ersatz für die staatliche Verantwortung bei der Forschungsfinanzierung und der Herstellung von Chancengerechtigkeit bei den Studierenden. Europas Zukunft ist die Wissens- und Innovationsgesellschaft, für die Herausforderungen der Zukunft brauchen wir hochausgebildete Menschen. Man sollte sich hier nicht am OECD-Durchschnitt sondern an den besten Ländern orientieren.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Vergabe von Globalbudgets nach dem Gießkannenprinzip durch das Bildungsministerium nicht funktioniert. Lehre und Forschung müssen getrennt finanziert werden, damit höhere Studienanfängerzahlen sich nicht negativ auf die Forschung auswirken. Der Weg vom Globalbudget hin zu einer Studienplatzfinanzierung, der zurzeit gegangen wird, erscheint uns JUNOS als erster Schritt.

Die Hochschulen mit kundenorientiertem Ansatz

Die Jungen liberalen Studierenden fordern, dass Hochschulen Studierende als Kund:innen und Kolleg:innen behandeln und nicht als Bittsteller wie derzeit. Gemeint ist damit auch, dass Hochschulen vom Staat unabhängiger werden müssen. Denn eine unabhängige Hochschule muss in der Lage sein, ihre Angelegenheiten wirtschaftlich wie wissenschaftlich selbst zu managen. Die Strukturen einer Hochschule müssen so beschaffen sein, dass demokratische Mitbestimmung ebenso möglich ist wie eine

wirtschaftliche Führung. Ein Hochschulsystem soll entstehen, in dem Hochschulen zueinander im Wettbewerb stehen. Denn nur durch möglichst freien Wettbewerb entstehen Leistungsanreize für eine Hochschule, womit wiederum Qualität gesichert und verbessert werden kann. Ein Bildungsmarkt würde außerdem zu stärkerer Kooperation zwischen den Hochschulen einerseits und Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen andererseits führen, was attraktivere Angebote für die Studierenden bedeuten würde.

Hochschulen als Forschungszentrum

Schon durch die zusätzlichen Mittel aufgrund der zu erwartenden Effizienzsteigerungen, durch eine wirtschaftlichere Planung und Synergieeffekte aus anderen Bereichen, wird sich die Qualität der Lehre deutlich verbessern. Ein großer Teil des zusätzlichen Hochschulbudgets kann daher direkt der Forschung zugutekommen. Selbstverständlich hat das auch positive Auswirkungen für die Studierenden, wenn man an Dissertationsmöglichkeiten, Praktika und eine generell höhere Qualität der Lehre denkt, die durch einen größeren Anteil an Lehrenden und Forschern aus dem Ausland entsteht. Die Forschungslandschaft in Österreich ist sehr zersplittert: Bund und Länder verteilen die Ressourcen in verschiedensten Einrichtungen relativ koordinierungslos. Dabei wird auch wenig Rücksicht darauf genommen, Schwerpunkte zu setzen und Spezialforschungsbereiche zu entwickeln.

Das Silicon Valley in Kalifornien zeigt, dass Grundlagenforschung und wirtschaftliche Anwendung kein Widerspruch sein müssen. Clusterentwicklung muss ein essenzielles Werkzeug in der Entwicklung des Europäischen Forschungsraums werden.

Eine essenzielle Schnittstelle zwischen Forschung und Lehre bildet der wissenschaftliche Nachwuchs. Gerade hier besteht in Österreich dringend Handlungsbedarf. Obwohl recht viele Graduierte sich für ein Doktoratsstudium entscheiden, ist die wissenschaftliche Forschungsleistung recht gering. Ohne eine Qualitätsoffensive und finanzielle Zuschüsse in diesem Bereich wird Österreich kaum den Anschluss an die internationale Forschungsszene finden können.

Es muss zu einer Bündelung aller österreichischen Forschungsförderungen in einem Ministerium – nämlich dem Wissenschaftsministerium - kommen. Außerdem fordern wir eine Transparenzdatenbank für Forschungsförderung die sowohl die Länder/Gemeinden als auch die Kammern umfasst.

Die Budgets für Dissertationen und post-docs sind massiv aufzustocken. Die Qualitätssicherung ist mit internationaler Unterstützung durchzuführen.

Die Zusammenarbeit zwischen der universitären und außeruniversitären Forschung ist zu intensivieren. Das gilt insbesondere auch für die Akademieforschung. Auch die

Integration von außeruniversitären Einrichtungen, bei entsprechend hohem Forschungsprofil, sollte geprüft werden.

Die bürokratischen Hindernisse für das Eingehen von Private-Public-Partnerships sind abzubauen, um Synergieeffekte zu erzielen und zusätzliche Finanzierungsquellen zu nutzen. Die Zusammenarbeit mit privaten Firmen soll intensiviert werden. Die Bandbreite umschließt hierbei die Einstellung von Gastlektoren bis hin zur Finanzierung von Instituten. Eine Abhängigkeit von einzelnen privaten Firmen muss allerdings vermieden werden.

Freies und selbstbestimmtes Studieren

Bildung als persönliche Investition

Liberale sind nicht prinzipiell gegen Studienbeiträge. Studierende sollen durchaus einen Beitrag zu ihrem Studium leisten, schließlich profitieren sie selbst am meisten davon. Eine ausschließlich durch allgemeine Steuermittel finanzierte Hochschullandschaft führt hingegen zu einer Umverteilung von unten nach oben: Die Nicht-Studierenden finanzieren damit zur Gänze die Ausbildung der künftigen Akademiker:innen. Der Arbeiter finanziert die Ausbildung seines künftigen Chefs. Ein derartiges Modell halten die Jungen Liberalen Studierenden für nicht gerecht.

Das bisherige österreichische Studiengebührenmodell lehnen wir allerdings ab. Es ist weder wirtschaftlich effizient noch sozial gerecht. Ziel sollte es nicht sein, durch Studienbeiträge Geld einzusparen. Beiträge müssen hingegen direkt an die Hochschulen fließen. Eine Kürzung der staatlichen Mittel im Gegenzug halten wir für katastrophal.

Ein liberales Studiengengebührungsmodell achtet strikt darauf, dass die Chancengerechtigkeit gewahrt bleibt. Jeder Mensch hat das Recht auf Zugang zu unseren Hochschulen. Seine finanziellen Verhältnisse oder die seiner Eltern dürfen kein Hinderungsgrund für die Aufnahme eines Studiums sein. Deshalb streben wir die Einführung eines Modells für nachgelagerte Studienbeiträge an. Gerechtigkeit heißt: wer am meisten profitiert, leistet auch den größten Beitrag. Mit unserem Modell zahlt jede:r einen fairen Beitrag nach dem Studium – also erst dann, wenn man mit beiden Beinen fest im Berufsleben steht und genug verdient. Das Geld soll direkt an die jeweilige Hochschule fließen und somit nicht im Staatsbudget verschwinden – damit ist garantiert, dass sich durch die nachgelagerten Studienbeiträge auch wirklich die Bildung verbessert.

Das staatliche Hochschulbudget ist jedoch keinesfalls zu verringern. Die werden als zusätzliche Einnahmequelle, nicht als Ersatz für öffentliche Mittel verstanden. Ziel der nachgelagerten Beiträge ist nicht die Konsolidierung des Bundeshaushalts, sondern die Verbesserung der Finanzausstattung der Hochschulen.

Durch die nachgelagerten Studienbeiträge sind die Studierenden nicht länger Bittsteller, sie sind Kund:innen der Hochschulen. Sie schließen am Anfang ihres Studiums einen Bildungsvertrag ab, in dem genau festgelegt ist, auf welche Studienbedingungen sie Anspruch haben. Überfüllte Hörsäle, Warten auf Prüfungstermine und Bachelor- und Masterarbeitsbetreuer:innen sind damit Geschichte.

Bildungsdarlehen und Stipendien

Bildung und Wissenschaft sind für jedes Land eine sichere Investition in die Zukunft. Selbstverständlich muss jedem Menschen, der studieren will, ein Hochschulzugang offenstehen. Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung und Chancengerechtigkeit. Durch die Einführung von nachgelagerten Studienbeiträgen wird dieses Recht auch nicht beeinträchtigt, vorausgesetzt, es bestehen ausreichende Stipendien und Beihilfen, um einen finanziellen Numerus Clausus zu verhindern.

Die Studienbeihilfe muss daher ausgeweitet werden. Zudem ist eine Zahlung umzusetzen, die von der Studiendauer bzw. vom Beziehungszeitraum des Erststudiums, nicht von dem Alter der Studierenden, abhängt. Es muss auch mehr Leistungsstipendien geben, sowohl als einmalige Unterstützungen, Erlassung der Studiengebühren und Vollzeitstipendien.

Hochschulen sollten nicht davor zurückschrecken, ihre Stipendienfonds durch Drittmittel aufzubessern. Leistungsstipendien sollten unabhängig von dem finanziellen Hintergrund der Antragssteller gewährt werden.

Chancengerechtigkeit

Chancengerechtigkeit im Bildungswesen zu gewährleisten hat für die Jungen liberalen Studierenden Priorität. Das bedeutet Gleichheit der Chancen am Start, jedoch nicht notwendigerweise die Gleichheit der Ergebnisse am Ziel. Die Jungen liberalen Studierenden sprechen sich entschieden gegen versteckte Zugangsbeschränkungen wie Knock-Out-Prüfungen, semesterlanges Warten auf Laborplätze oder Diplomarbeitsbetreuer aus. Dies sehen wir als eine Verschwendung von Lebenszeit junger Menschen an. Zudem entspricht es nicht den im Bildungsvertrag garantierten Studienbedingungen.

Um Fehlentscheidungen in der Studienwahl zu minimieren, soll Schülerinnen und Schülern im Jahr vor dem Abschluss der Schule in Hochschulen die Möglichkeit gegeben werden, ihre generelle Entscheidung für ein Studium sowie die spezifische Wahl der Studienrichtung auf eigenen Erfahrungen und aufgrund des Austausches mit anderen Studentinnen und Studenten zu fällen. Dadurch soll zudem die spätere Drop-Out-Quote minimiert werden.

Den Hochschulen soll überdies das Recht zugesprochen werden, Aufnahmeverfahren für alle Fächer einzuführen. Ihr primärer Zweck ist die faire Vergabe von begrenzten

Studienplätzen. Wie diese Verfahren auszusehen haben, liegt im Ermessen einer Kommission bestehend aus Studierenden und Lehrenden. Wichtig ist vor allem die Chancengleichheit für alle Bewerber:innen. Wir regen allerdings an, die Verfahren eher wie Assessment Center in Unternehmen anzulegen, und verschiedene Dimensionen der Persönlichkeiten kennenzulernen, und sich nicht nur auf punktuelle Einzeltestergebnisse zu stützen. Diese Aufnahmeverfahren sollen dazu dienen, die beschränkte Anzahl an Studienplätzen möglichst fair zu vergeben.

Internationales Studieren

Im 20. Jahrhundert haben sich die europäischen Hochschulen massiv verändert. Die Zahl der Studierenden vervielfachte sich, die Aufgabenfelder der Hochschulen wandelten sich und der politische Einfluss auf die Hochschulen nahm zu. Die Staaten entwickelten ihre Hochschulen in verschiedene Richtungen weiter. Das Netzwerk, das zwischen den Hochschulen innerhalb von Jahrhunderten gewachsen war, bildete sich durch die vielen Teilungen Europas zurück. Erst nach der Wende wuchs Europa wieder zusammen. 1999 unterzeichneten die europäischen Staaten die Bologna Erklärung, in der sie sich zum Ziel setzen, einen gemeinsamen Hochschulraum zu schaffen. Ziel des Bologna-Prozesses ist es, die Vergleichbarkeit von Hochschulleistungen und –abschlüssen herzustellen. Dazu wurden Maßnahmen vorgeschlagen, wie das ECTS-System, die Dreigliedrigkeit Bachelor – Master – PHD, transparente Beschreibungen der Studienmöglichkeit und einiges mehr. Der Prozess war äußerst erfolgreich: die Mobilität der Studierenden und der Forscher:innen nahm stark zu. Mit ihr allerdings auch der Wettbewerb der Hochschulen um sie, was manche Hochschulen zu schmerzhaften Veränderungsprozessen zwang. Das Durchlüften des Hochschulraums brachte auch ein paar negative Begleiterscheinungen mit sich. Verschulung, ein Rückgang der öffentlichen Finanzierung und Überfrachtung der Studienpläne sind vielerorts Probleme, die natürlich bekämpft werden müssen.

Eines der erfolgreichsten Programme, das die Europäische Union je gestartet hat, ist das Erasmus-Programm. Trotz einiger bürokratischer Hürden nehmen jedes Jahr hunderttausende Studierende die Gelegenheit wahr, Erfahrungen außerhalb ihres Landes zu machen. Auch andere Initiativen, wie IASTE, AIESEC, Fulbright usw. erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Das größte Problem bei Auslandsaufenthalten ist noch immer die Anrechnung auf der Heimathochschule, hier sind Verbesserungen erforderlich. Um diesem Dilemma entgegenzuwirken, sollten Hochschulen ihre Curricula entsprechend anpassen und Raum für Auslandssemester schaffen.

Immer mehr Studierende entscheiden sich auch für ein Studium im Ausland. Statistiken zeigen allerdings, dass viele von ihnen nie mehr nach Österreich zurückkommen werden. Es ist bezeichnend, dass Österreich als eines der reichsten Länder der Welt einen Brain-Drain verzeichnet. Auch die Anzahl an ausländischen Studierenden an den österreichischen Hochschulen ist ernüchternd. Beides hat tiefergehende Ursachen, die

in unserem Hochschulsystem versteckt sind. Erste Schritte wären, ausländische Studierende nicht länger zu diskriminieren, ja sie sogar zu fördern und Österreicher:innen im Ausland auch nach allen Möglichkeiten zu unterstützen.